Schweizerischer Liberalismus heute : ein Diskussionsbeitrag

Autor(en): **Borner, Silvio**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-163222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

SILVIO BORNER

Schweizerischer Liberalismus heute – ein Diskussionsbeitrag

Mit der Rezession von gestern und heute und den zusammengestauchten Wachstumsspielräumen für morgen und übermorgen sind die modisch schicke Wirtschaftsfeindlichkeit beziehungsweise nonchalante Marktüberdrüssigkeit breiter Volksschichten einer Wiederbelebung ordnungspolitischer Grundsatzfragen gewichen. Zahlreiche Reden und Schriften namhafter Wirtschaftsführer, Publizisten und liberaler Politiker sind dafür hörbare Zeugen. Und doch – dies sei vorweggenommen – hinterlassen viele dieser Traktate einen leicht bitteren Nachgeschmack, nicht zuletzt im Sinne eines Vorgeschmacks für den weiteren Verlauf dieser Debatten. Was aus meiner Sicht zu beklagen ist, ist das Risiko eines blossen Rückfalls in einen undifferenzierten Konservativismus, in eine hohle Rhetorik, eine zunehmende Intoleranz, eine sterile Debatte um nicht-operationale Prinzipien fernab der eigentlichen ordnungspolitischen Realität. Das sind harte Vorwürfe. Ich hoffe jedoch, zeigen zu können, dass sie nicht im luftleeren Raum entstanden sind, sondern einer tiefen Besorgnis über die sich weitende Kluft zwischen Theorie und Praxis des Liberalismus schweizerischer Provenienz des Jahrgangs 1976 entstammen. Dazu ein paar symptomatische Kostproben:

Sollten wir nicht hellhörig werden, wenn – etwa analog der sogenannten DDR unter der Hallstein-Doktrin – der Begriff des «sozialen Rechtsstaates» plötzlich nur noch zwischen Gänsefüsschen erscheint oder wenn von einem Wirtschaftsführer das Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit auf verkappte Ausflüsse von Neid und Missgunst reduziert wird. Ideen werden abgelehnt aus dem einzigen Grund, dass sie «Importprodukte» seien. Wir leben vom Export unserer Leistungen und können uns angeblich den Import von Ideen nicht mehr leisten. Hier liegt die Gefahr: nämlich dass die politisch-ideologische Intoleranz der konservativen Rückbesinnung zur Bedrohung einer freien Wirtschaft wird, dass die Ablehnung jeglicher sozialer Reformen die Rahmenbedingungen erfolgreicher privatwirtschaftlicher Tätigkeit unterspült und nicht zuletzt, dass die wirtschaftspolitische Praxis jegliche ordnungspolitischen Leitlinien missachtet, weil die Rhetorik und das Dogma so offensichtlich vom effektiven Tun und den praktischen Zielsetzungen abweichen. Ein derartiges Auseinanderklaffen zwischen dem, was sein sollte und dem, was tatsächlich ist, bedroht den Einzelmenschen mit Schizophrenie und unsere Gesellschaft entweder mit einem Rück-

fall in eine Ideologie ohne Erklärungs- und Gestaltungskraft oder in eine verwilderte, aktivistische Praxis, die mit überstrapazierten Formeln wie «Pragmatismus» und «Kompromiss» nicht mehr beschönigt werden kann und darf.

Unser wirtschaftspolitischer Alltag ergibt eine andere Antwort auf die Frage, wie wir es denn mit der Wirtschaftsordnung halten, als diejenige, die wir im marktwirtschaftlichen Katechismus gelernt haben und die sich so gut für das unverbindliche Reden und allenfalls das scheinbar gelehrte Schreiben eignet. Viele spüren, dass hier etwas nicht stimmt; aber zu viele verlegen sich dann auf die abstrakte Fixierung hehrer Prinzipien und handfester Regeln, die das Marktkonforme vom Nicht-Konformen scheiden. Diese im besten Falle rein logisch abgeleiteten Postulate – im schlimmsten Fall handelt es sich um willkürlich ausgewählte Forderungen von Interessengruppen – entwickeln sich mit der Zeit zu einer Art von «heiligen Kühen», die wohl Generationen von Gutachter-Juristen ernähren (nebst ein paar Lehrbuchautoren und Journalisten), sonst aber nicht viel wert sind, weil sie den Test der Anwendung auf reale, konkrete Probleme nicht überstehen. Meist kommt es aber nicht einmal zu diesem Test, wie die Schicksale von Postulaten des ausgabenpolitischen Marschhalts, der Konsolidierung der Sozialwerke oder gar der Setzung von Prioritäten bei den öffentlichen Aufgaben leider belegen. Diese Postulate ernten viel Applaus, ohne dass ihre Verfechter sagen, wie man das bewerkstelligen soll und auf wessen Kosten.

Wir können die Rückkehr zur Marktwirtschaft ebensowenig herbeireden wie ein vernünftiges Wachstum bei hoher Beschäftigung. Wir alle sind (hoffentlich) für einen effizienten Markt und eine lebendige Demokratie; aber wir alle wissen, dass sowohl Markt und Demokratie nicht mehr so rein sind, wie in der Modellwelt der Lehrbücher. «The world isn't what it used to be – and never was.» Was uns heute verunsichert, sind nicht diese Abweichungen an sich, es ist die bohrende Frage, inwieweit die Ideale von Markt und Demokratie als Ordnungsprinzipien einer politisch und wirtschaftlich liberalen Gesellschaft überhaupt noch sinnvolle Referenzpunkte darstellen; denn Markt und Demokratie haben sich nicht nur stark gewandelt (zum Beispiel in Richtung der Machtkonzentration in der Wirtschaft und pluralistischer Zersplitterung in der Politik), sondern die Grenzen zwischen ihnen sind unscharf geworden. Viele Kräfte haben dazu beigetragen. In meinen Augen war es vorrangig die ungestüme Wirtschaftsentwicklung mitsamt ihren politischen und sozialen Folgeproblemen selbst, die dazu geführt hat, dass die sogenannten traditionellen Rahmenbedingungen der privaten Wirtschaft gesprengt worden sind. Man kann dies so sehen wie es Schumpeter vor fast vierzig Jahren voraussagte: nämlich dass die marktwirtschaftliche Dynamik (die sogenannte schöpferische Zerstörung) vorerst die Fesseln von Kirche

und Feudalwirtschaft zerschnitt, aber dereinst auch die Autorität der bürgerlichen Herrschaft angreifen werde, wenn diese in die Vormarschlinie der kapitalistischen Entwicklung gerate. Dies ist der Moment, in dem Schutzwälle plötzlich zu Hindernissen werden. Die politische Stabilität und demokratisch legitimierte Autorität des modernen Rechtsstaates sind zwar die Grundlage für eine freie Marktwirtschaft und ihre dynamische Entfaltung. Was aber, wenn die Dynamik an die Grenzen dieser Stabilität und Autorität des politischen Systems stösst? Ist es nicht paradox, wenn Wirtschaftsführer konservativ werden und politische und soziale Strukturen zu bewahren suchen, deren Grundlagen sie selbst mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik (im Sinne von Schumpeter) erschüttert haben?

Wer ist eigentlich daran schuld, dass die jüngere Generation so uninitiativ und immobil wirkt, sich Strukturwandlungen widersetzt, zum Beispiel nicht im Ausland arbeiten will, weil ihr Sicherheit, Ruhe und Ordnung eben (fast) alles bedeuten? Es hat sich in den USA gezeigt, dass die rebellische akademische Jugend der sechziger Jahre ein besseres Geschäft geworden ist als die brave, aber lahme Generation der fünfziger Jahre. Freuen wir uns also nicht zu früh; eine Generation, die resigniert, ist meines Erachtens ein grösseres Risiko für die Weiterexistenz der Marktwirtschaft als alle rebellierenden und protestierenden Minoritäten zusammen.

Etwas Ähnliches meint auch Samuel Brittan, wenn er schreibt: «Ideal wären liberale Traditionen und Konventionen, die Nonkonformismus, Neuerungen und Ausgefallenes geradezu für wertvoll erklären. Wo es aber solche Traditionen nicht gibt, kann man sie auch nicht über Nacht erfinden.»

Eben haben wir eine Vervielfachung der Erdölpreise, einen Höhenflug des Frankenkurses, eine weltweite Rezession mit spezieller Hartnäckigkeit bei uns und den Verlust von gut zehn Prozent aller Arbeitsplätze überstanden. Ist es nicht gut ein Wunder, dass trotz der enormen Anspannungen unsere Marktwirtschaft und unsere Demokratie all das ohne Kollaps überstanden haben? Wenige hätten es 1968 zu prognostizieren gewagt. Trotz aller Ernüchterung über die konjunkturelle Unberechenbarkeit und die Vergänglichkeit des automatischen Wachstums ist mein Vertrauen in die Flexibilität und Widerstandskraft unseres Systems gewachsen. Gewachsen ist damit aber auch die Besorgnis darüber, dass die ordnungspolitische Verwirrung trotzdem zugenommen hat, indem man zum Teil den falschen Feind und zum Teil auch noch mit falschen Waffen zu bekämpfen versucht. Die folgenden Beispiele sollen das illustrieren.

1. Der Konjunkturartikel wurde abgelehnt – bekanntlich nicht zuletzt dank den marktwirtschaftlichen «die-hards» – weil er zu zentralistisch, interventionistisch und daher zu dirigistisch war. Selbst eine praktisch von allen

Zähnen befreite Neuauflage erweckt Widerstand aus derselben Ecke. Gleichzeitig ist aber – nicht zuletzt dank der jahrelangen Immobilität in der politischen Führung und dem Versagen der Finanzpolitik auf allen Ebenen – die Initiative, die Entscheidungs- und Handlungsmacht an die Nationalbank übergegangen, die als Technokratie neben Staat und Wirtschaft in Sachen Wirtschaftspolitik regiert (zum Glück, muss man anfügen).

2. Im Bereich der Sozialpolitik fechten die einen mit dem Schlagwort «Konsolidierung», die anderen mit dem der «Fortentwicklung». Die Fortentwickler bezichtigen die Konsolidierer der «Demontage», erstere die letzteren der «schleichenden Sozialisierung». Hinter diesem Sprachspiel wächst ein finanzielles, organisatorisches und politisches Monstrum heran, das weder konsolidiert noch fortentwickelt werden dürfte (vom liberalen Standpunkt aus), sondern schlicht und einfach reformiert, das heisst einfacher, effizienter, durchsichtiger, systematischer, logischer gemacht werden müsste. Nicht die Höhe unserer Sozialausgaben stösst an Grenzen der Tragbarkeit, sondern

— die marktwidrigen Preis- und Strukturwirkungen der sogenannten Versicherungsprämien,
— die bürokratisch bedingte Verschwendung in unkoordiniert aufgebauten institutionellen Trägern,
— die Symbiose von Staat und Privatwirtschaft in «Verbänden» und Kassen, die letztlich ein Eigenleben führen – auf Kosten von Staat und Wirtschaft.

3. Jeder Liberale tritt heute für eine konsequente und relativ reine Globalsteuerung ein, aus der Einsicht, dass eben eine Marktwirtschaft zu konjunktureller Instabilität neigt. Diese klassische Aufgabe einer klassischen Konjunkturpolitik soll jedoch in unserem Land – auf Drängen der Privatwirtschaft – nicht durch einen klassischen Rechtsstaat erfolgen, sondern – so der neue Entwurf – durch «Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft». Dies ist ein ordnungspolitischer Fehltritt auf höchster Ebene, eine deutlich sichtbare Konzession an unsere ständisch-interessenpolitisch dominierte Realität des politischen Prozesses. Damit ist es aber auch eine Einladung an alle Interessenorganisationen und -gruppen, bei der staatlich-hoheitlichen Regelung ihrer «Rahmenbedingungen» mitzuwirken. Im Endeffekt setzen sich die wichtigsten Interessengruppen ihre eigenen Rahmenbedingungen. Was wir damit letztlich bekommen, ist ein für die Marktwirtschaft bedrohliches politisches Umfeld. Der Staat erscheint immer mehr als eine «grab-bag», bei der man sich bedienen kann, beziehungsweise als ein Vehikel, mit dem man seine Partikularinteressen vorschieben kann. Viele liberale Ökonomen sehen in diesem Vorgang eine ernste, vielleicht primäre Gefährdung für die Marktwirtschaft durch ihr eigenen Proponenten.

Ökonomische und politische Freiheit und Unabhängigkeit sind interdependent, das heisst bedingen sich gegenseitig. Soweit sind wir uns wohl alle klar; aber ich würde weiter behaupten, dass diese wechselseitige Unterstützung nur dann möglich ist, wenn gewisse Grenzen zwischen Politik (= Staat) einerseits und Wirtschaft andererseits respektiert werden. Eskalationsträchtige Grenzüberschreitungen kommen nun aber – im Gegensatz zur Meinung der marktwirtschaftlichen Ideologen – nicht nur von einer Seite her, nämlich in der Form einer politisch und gesellschaftlich gelenkten Linksinvasion ins Reich der privaten Marktwirtschaft, sondern das Gegenteil ist wohl gerade in der Schweiz häufiger und gewichtiger.

4. Noch ein letzter Punkt: Die liberalen und marktwirtschaftlichen Ordnungspolitiker sind immer in der Defensive und liefern sehr oft quixotische Rückzugsgefechte, wobei Kampflärm und Wirksamkeit sich umgekehrt proportional verhalten. Dies ist um so bedauerlicher, als in den letzten Jahren so etwas wie eine Wiedergeburt der Preistheorie stattgefunden hat, die uns hätte lehren sollen, dass der Markt für sehr viele Probleme ein optimaler Problemlöser ist – und dies gerade für hoch komplexe Probleme mit stark widerstreitenden Interessen. In diesem Sinne kann man heute von einer Renaissance der Marktwirtschaft als dezentrale, anonyme und freiheitliche Konfliktlösung und der Wiederentdeckung der Trennung zwischen allokativer Effizienz und distributiver Gerechtigkeit sprechen. Aber die wirtschaftspolitische Praxis läuft meist in andere Richtungen, vornehmlich der zentralen Planung, der administrativen Regulierung und der bürokratischen Verwaltung:

— Umweltschutz (direkte Regulierung statt Preis-Mechanismus),
— Landwirtschaft (Preis- und Mengenregulierung statt direkte Einkommenszahlungen),
— Finanzierung von Strassen, insbesondere Nationalstrassen (allgemeine Steuermittel statt Benützergebühren),
— Sozialpolitik, zum Beispiel Arbeitslosenversicherung (komplizierte Administrationssysteme, statt negative Einkommenssteuer),
— Wettbewerbspolitik (Reglementierungen aller Art statt Wettbewerbsförderung).

Sucht man in der Literatur nach einem Ausweg aus diesen Irrungen und Wirrungen, so hat man die Qual der Wahl, sofern man mehr als ein Buch gelesen hat.

Da wären einmal die sogenannten «die-hard»-Liberalen der alten Schule, lebendig eigentlich nur noch in nobelpreisgekrönten Forschern wie Hayek oder Friedman, die konsequent eine Gesellschaftsordnung auf der Basis von

individueller Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Nachtwächterstaat propagieren. Sie eignen sich fürs Zitieren zu festlichen Anlässen, aber weniger zur Lösung akuter Probleme, schon gar nicht als Anwälte für Unternehmerinteressen, die darauf gerichtet sind,

— Importe zu beschränken, Wechselkurse zu beeinflussen,
— Kartelle zuzulassen, den Wettbewerb zu reglementieren, Sondervorteile bei der Besteuerung zu erringen usw.
— oder den Verbänden ein Mitspracherecht einzuräumen.

Für Friedman sind Ärzte- und Anwältevereinigungen nichts weniger als ausgekochte Versuche zur Monopolisierung ihrer Märkte. Jegliche staatliche Linzenzierung dieser Berufe wäre daher aufzuheben, ebenso wie jegliche staatliche Aufsicht über die Produktion und Verteilung von Arzneimitteln. Hatte schon Adam Smith etwelche Skepsis über die ordnungspolitische Zuverlässigkeit von Unternehmern, so setzt Hayek diese Tradition würdig fort: «Viele, die sich als Verteidiger des freien Unternehmertums ausgeben, sind in Tat und Wahrheit Verteidiger von Privilegien und Apologeten von Staatsinterventionen zu ihren eigenen Gunsten. Im Prinzip sind der industrielle Protektionismus, die regierungsgeförderten Kartelle und die Landwirtschaftspolitik konservativer Kreise nicht verschieden von den weitergehenden Forderungen der Sozialisten.»

Klar ist die Sache auch für Marxisten und Neo-Linke aller Schattierungen. Für sie ist der Staat der verlängerte Arm der herrschenden Klasse (Bourgeoisie = Unternehmerinteressen). Dann haben wir noch Galbraith, der seine Welt schön in zwei Hälften teilt, in ein Planungs- und in ein Marktsystem. Ersteres ist die Sphäre der grossen Unternehmungen, der Konzerne, Monopole und Oligopole, letzteres die Sphäre der kleinen Händler, Handwerker und Zwergbetriebe. Letztere sind der Unbarmherzigkeit des Marktes voll unterworfen, während das Planungssystem durch Absprachen und Einspannen des Staates sich vom Disziplinierungszwang des Marktes isoliert und via Planung den Lauf der Dinge bestimmt.

Es war einmal ...

Es war einmal eine wirtschaftspolitische Weltvorstellung, bei der das Dreiecksverhältnis von Staat, Unternehmung und Gesellschaft als natürlich, harmonisch und klar geordnet angesehen wurde. In einer Welt des «Laissez-faire» nämlich beschränkte sich die Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Bereitstellung der Kollektivgüter «Sicherheit», «Unabhängigkeit» und «Ordnung», das heisst das Kollektiv produzierte einerseits eindeutig abgrenzbare und in keiner Konkurrenzbeziehung zur privaten Pro-

duktion stehende Allgemeingüter und garantierte anderseits die Einhaltung der sogenannten Spielregeln des Marktes. Die privaten Unternehmungen sollten sich auf die Effizienz und das Wachstum der Produktion konzentrieren, wobei der Gewinn als Lenkungsinstrument selbsttätig Fehler rasch korrigierte und Erfolge ebenso rasch honorierte. Die optimale Zuteilung der Güter auf die Endverbraucher erfolgt durch ein freies Markt- und Preissystem ebenso wie die optimale Verwendung der produktiven Ressourcen, deren zu Marktpreisen bewertete Entschädigungen erst noch eine leistungsgerechte Verteilung zustande bringen. Der Theoretiker schliesslich spielte die noble Rolle des neutralen Beobachters und Kommentators der Wirtschaft.

Der Staat als unauffälliger Nachtwächter, der Unternehmer als freier Pionier und dynamischer Neuerer sowie der Wissenschafter als unbeteiligter Astronom in einer elfenbeinernen Sternwarte bildeten ein ganz unproblematisches Dreiergespann.

Wenn es «Laissez-faire» in dieser Form auch nie wirklich gegeben hat, so glaubte man doch zumindest im Prinzip daran und tat als ob es so wäre. Spätestens in den dreissiger Jahren war man mit dieser «als ob»-Strategie am Ende. Das ist allgemein bekannt – weniger bekannt ist vielleicht die Tatsache, dass gerade unternehmerische Kreise das Ende dieses «als ob»-Rezeptes am spätesten erkannten und die neue Konzeption in Form der Lehren von Keynes am längsten als kollektivistische Gefahr ablehnten.

Nun erleben wir heute einen ähnlichen Zusammenbruch der keynesianischen Globalsteuerung, welche die Nachkriegszeit geprägt hat und im wesentlichen darin bestand, dass der Staat mit globalen Massnahmen der Geld- und Fiskalpolitik die zentralen Kreislaufgrössen stabilisiert und lenkt, ohne jedoch dabei gezielt in individuelle Dispositionen der Unternehmungen einzugreifen. Die Personen unseres Dreigespanns wandelten sich bei der Ablösung des «Laissez-faire» durch die Globalsteuerung nur wenig: Der Staat wurde vom Nachtwächter zum Stromwächter, der mit ein paar Schiebern und Schleusen die grossen Teilströme des Wirtschaftskreislaufes regulierte. Der Pionier- und Neuerer-Unternehmer wurde zum professionellen Organisator und Planer und der Astronomieökonom zum Sozialingenieur, der alles prognostizieren, erklären und daher global lenken kann. Der Manager, der Stromwächter und der Sozialingenieur passten fast ebenso gut zusammen wie ehedem der Astronom, der Nachtwächter und der Pionier. Auch wenn es nie genau so war, man glaubte doch im Prinzip daran und tat «als ob». Der Rest ist bekannt.

Beschränken wir uns einmal nur auf den Bereich der Stabilisierungspolitik, wo angesichts der Rezessionserfahrungen einerseits und der vorliegenden Entwürfe eines neuen Konjunkturartikels und Notenbankgesetzes die

Voraussetzungen besonders gut sein sollten. Die Reformunfähigkeit in Gebieten wie Agrar- oder Sozialpolitik nachzuweisen oder mit Bezug auf den stillen Tod vergangener Grossreform (regionalpolitische Leitbilder usw.) zu illustrieren, hiesse, sich die Sache allzu leicht zu machen.

Beginnen wir mit dem neugefassten Konjunkturartikel, den man wie folgt charakterisieren kann:

Die Vorlage widerspiegelt meines Erachtens primär den Status quo, das heisst sie basiert auf einer eineinhalbbeinigen Globalsteuerung mit faktischer Dominanz der Geldpolitik (ein ganzes Bein) und einer auf die Bundesfiskalität begrenzten Finanzpolitik (das halbe Bein).

Die Hinweise auf das Finanzgebaren von Kantonen und Gemeinden sowie die regionale Rücksichtnahme bleiben blosse Garnitur, weil eine verbindliche Einwirkung des Bundes auf die Kantons- und Gemeindefinanzen nicht mehr besteht und die regionale Differenzierbarkeit globaler geld-, währungs- und bundesfinanzpolitischer Massnahmen weitgehend ein Rätsel bleibt. Des weiteren zementiert die neue Vorlage auch den Status quo bezüglich des föderalistisch-ständisch-interessenpolitischen Entscheidungsprozesses, indem primär den Interessenverbänden und grossen Kantonen anstelle eines Anhörungsrechtes die partnerschaftliche Zusammenarbeit offeriert, das heisst ihnen praktisch ein Vetorecht eingeräumt wird.

Der neue Artikel bringt somit bestenfalls eine verfassungsmässige Verpflichtung des Bundes, die Konjunkturpolitik als permanente Aufgabe zu betreiben. Solange sich jedoch selbst hinter einer derart bescheidenen Zielsetzung ohne neue Kompetenzen auf der Ebene der Instrumente der politische Widerstand bürgerlicher Kreise formiert (vgl. Ständeratskommission) und solange die eigentlichen ausführenden Gesetze für die geld- und finanzpolitischen Instrumente fehlen, wird wohl der Abstimmungskampf erneut eine ideologisch und emotional aufgeheizte Scheinaktivität hervorrufen; aber letztlich kein einziges anstehendes Problem lösen. Im Falle der Annahme sind wir primär bloss juristisch ein kleines Schrittlein näher an eine systemgerechte Konjunkturpolitik herangerückt, weil die folgenden Risiken nach wie vor in Rechnung zu stellen sind:

1. Finanzpolitisch bleiben wir ziemlich hilflos, weil Kantone und Gemeinden weiter («prozyklisch») wirken können und auch der Bund ohne definitive Finanzordnung und ohne institutionelle Reform des Budgetierungsprozesses ein Spielball der politischen Wellen und interessenspezifischen Kräfte bleiben wird.

2. Notrecht bleibt somit auch für die Zukunft recht wahrscheinlich, weil Finanzpolitik und Wettbewerbspolitik nicht einmal auf dem Papier vorhanden sind.

3. Als weitere Konsequenz dürfte eine Überlastung und Überforderung der Geldpolitik feststehen, schon allein deshalb, weil diese wesentlich im Ermessen einer (noch) handlungsfähigen, autonomen Institution (SNB) geblieben ist und damit der allgegenwärtigen Interessen-Konkordanz weitgehend entzogen ist.

Das ist gute Musik für die strengen Monetaristen, von denen es in der Schweiz relativ mehr gibt als in der restlichen Welt; aber nicht unbedingt erfreulich für die Wirtschaft, denn exzessive Einsätze der Geldpolitik bewirken

— schwerwiegende Belastungen des Systems der Geld- und Finanzmärkte,
— haben zum Teil sozial unerwünschte Nebenwirkungen in Form von Strukturverzerrungen aller Art,
— implizieren die Inkaufnahme auch extremer Schwankungen von Zinssätzen und Wechselkursen,
— stören letztlich den Wachstumsprozess, weil sie primär die Gesamtnachfrage über die privaten Investitionen zu glätten versuchen.

4. Weil die Geldpolitik das Dilemma zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit eben auch nicht zu lösen vermag, vergrössert sich aus dieser Einbeinigkeit der Globalpolitik das Risiko «politischer Zyklen», das heisst von Nachfrageschwankungen, die durch politische Instabilität mittels inkonsistentem Hantieren an den Knöpfen der Wirtschaftspolitik in den Marktbereich übertragen werden.

5. Ohne Finanz-, Wettbewerbs- und vielleicht auch ohne Einkommenspolitik muss auch eine systematische Strukturpolitik entweder frommer Wunsch oder zufälliges Stückwert bleiben, während eine strukturell nicht abgesicherte Globaltheorie politisch undurchsetzbar bleibt. Die Dominanz der Geldpolitik wird die Strukturspannungen der nächsten Jahre gewaltig verschärfen – allem voran als Konsequenz der Langfristfolgen des hohen Frankenkurses.

6. Nicht beseitigt wird mit dem neuen Konjunkturartikel auch der institutionelle und interessenpolitische Hintergrund des Entscheidungsprozesses. Denn jegliche Entscheidung kann nur per Zufall besser sein, als es der Entscheidungsmechanismus zulässt. Und hier haben wir eine lange und gewichtige Mängelliste, die ich hier nur andeuten kann:

— schwache empirische Datenbasis, -analyse und -evaluation sowohl innerhalb der Verwaltung wie ausserhalb,
— fehlende Wirkungsanalysen der getroffenen Massnahmen im Sinne einer systematischen Evaluation der tatsächlichen Wirkungen, gepaart mit dem

Fehlen einer Erfolgskontrolle der ausführenden öffentlichen Verwaltungen (zum Beispiel Baubeschluss, Preisüberwachung usw.),
— zu frühe Verschmelzung von unabhängigen, wissenschaftlich-professionellem Sachverstand mit den Interessenpositionen bewirkt eine Einengung und oft gefährlich einseitige Kanalisation des Informationsflusses zuhanden politischer Instanzen,
— eng damit verbunden die Existenz von Trägern kumulierter Rollen in der Gestalt von sogenannten Fachexperten, insbesondere von Verbandsfunktionären und Vertrauensleuten wirtschaftlicher Gruppierungen, die in verschiedenen Phasen des Entscheidungsprozesses in unterschiedlicher Funktion auftreten,
— unzureichende Systematik, Transparenz und Öffentlichkeit des wichtigsten Verfahrens zur wirtschaftspolitischen Informationsgewinnung und -verarbeitung in Form des Vernehmlassungsverfahrens beziehungsweise der vertraulichen Absprachen, die diesen Verfahren vorausgehen,
— Ungleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative im Zugang zu wissenschaftlicher Beratung und unabhängigem Sachverstand.

Wir sollten uns nicht damit trösten, dass wir diese sechs Risikofaktoren auch in der Vergangenheit verkraftet haben; denn wir stehen eigentlich erst seit 1973 mit dem Übergang zum flexiblen Wechselkurs vor der Möglichkeit beziehungsweise der Notwendigkeit einer eigenständigen Stabilisierungspolitik, die vorher primär von den USA und der BRD für uns gemacht worden war – lange Zeit zu unserem Vorteil, aber seit der horrenden Inflationswelle ab 1968 vor allem zu unserem Nachteil. Hat schon die gegenwärtige Rezession mehr Substanz verzehrt als bisher sichtbar geworden ist, so haben wir in Zukunft mit Sicherheit keine Fettpolster mehr. Wirtschaftlich haben wir die Schwelle der Nicht-Rentabilität des Ausländer-Exportes schon längst überschritten, und auch unser sogenannter Erfolg der Inflationsbekämpfung ist weit weniger das Produkt einer genialen Geldpolitik als vielmehr einer extremen, aber sehr einseitig auf die Ausländer abgewälzten Rezession auf der einen Seite und der ökonomischen Vernunft der gewerkschaftlichen Lohnpolitik auf der anderen.

Als zweites Hauptereignis wird dereinst wohl das neue Notenbankgesetz gelten. Wie bereits angedeutet, muss man dieser Neuerung mit einem lachenden und einem weinenden Auge entgegensehen.

Gefährlich, aber immer weniger wahrscheinlich erscheint die gesetzliche Verankerung einer puristisch-liberalen Konzeption, die nur eine Geldmengensteuerung durch Offenmarkt- und Mindestreservenpolitik (auf der Passivseite) will, und damit jegliche Kredit-, Zins- und Wechselkurspolitik in die Rumpelkammer verfehlter Bemühungen der Vergangenheit verbannen

möchte. Die Gefahr ist auch hier die, dass solche Einseitigkeit plötzlich politische Extrem-Reaktionen hervorruft, sei es in Gestalt einer Eroberung der SNB durch die Politik oder in Form einer Flucht nach vorn in Devisenzwangswirtschaft und staatliche Kreditlenkung, die nur im Fiasko enden können.

Auch hier begegnen wir eben wieder der im ersten Teil gezeichneten Gefahr, wie gerade aus einer extremistischen Interventionsabstinenz eigentliche Schübe unkoordinierter Interventionen losbrechen, wie aus dem Auseinanderklaffen von ideologischem Anspruch und realer Wirkung ein fehlgeleiteter weil absolut haltloser Pragmatismus seine Blüten treibt und eben so die Marktwirtschaft durch ihre eigenen Anhänger zerstört wird.

Im ganzen gesehen werden sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen somit wohl nicht dramatisch wandeln. Der Druck der wirtschaftlichen Entwicklung – namentlich des verlangsamten Wachstums, der schmerzhaften Strukturanpassungen, der regionalen Spannungen und der erhöhten Belastung der aktiven Bevölkerung durch Steuern und Sozialabgaben – auf die Politik wird demzufolge weiter zunehmen. Angesichts der Reformunwilligkeit der Bevölkerung und der Innovationsunfähigkeit von Parlament und Bundesrat wird es infolgedessen zuerst noch schlimmer werden müssen, bevor es besser wird. Das Zurückbinden des Staates durch das Diktat der leeren Kassen wird auch die Mehrzahl der Konservativen unfroh belassen; denn nicht die Grösse des Staates, das heisst sein Anteil am Sozialprodukt, ist das Hauptproblem, sondern seine Ineffizienz, seine Intransparenz und seine institutionell-organisatorische Insuffizienz. Desgleichen ist bei der staatlichen Stabilisierungsaufgabe weder die sozialistisch-kollektivistische Interventionslust noch die Inkonformität der Eingriffe das Hauptproblem, sondern auch hier die Ineffizienz, die Intransparenz und die institutionell-organisatorische Insuffizienz des politischen Entscheidungs- und Realisierungsprozesses.

Effizienz und Gerechtigkeit

Unsere Gesellschaftsordnung, nennen wir sie einmal kapitalistische Demokratie oder demokratischen Kapitalismus, beruht am politischen Pol auf dem Prinzip der Gleichheit und am ökonomischen auf dem Prinzip der Effizienz, wobei letzteres Ungleichheit voraussetzt und Ungleichheit akzentuiert. Um diese Dualität nicht zu einem tödlichen Konflikt ausarten zu lassen, brauchen wir nicht nur Kompromisse zwischen Gleichheit und Effizienz, sondern ebensosehr – oder vielleicht primär – klare Grenzen. Ein demokratisches System gewährt gleiche Rechte an alle aus Gründen der Freiheit,

des Pluralismus und des Humanismus. Als solche setzen sie dem Markt, das heisst dem freien Tausch, Grenzen, indem diese Rechte eben weder in einem Markt erworben noch ausgetauscht oder verteilt werden können. Einäugige Liberale – oder wohl präziser: liberale Ideologen – sehen nun die Ausdehnung dieser Rechte (zum Beispiel Mitbestimmung, Sozialrechte aller Art, kompensatorischer Ausgleich von Benachteiligungen, Umverteilung der Einkommen und Vermögen usw.) als Bedrohungen der Marktwirtschaft. Diese Bedrohung ist vorhanden; aber ein zweiäugiger Liberaler erkennt eben auch, dass diese Bemühungen zur Wahrung von Gerechtigkeit und Gleichheit erst die politische Grundlage dafür schaffen, dass eine grosse Mehrheit die gewaltigen Ungleichheiten als Resultat effizienter Marktprozesse toleriert. Schon fast ein drittes Auge aber braucht man, um zu sehen, dass der Markt auch ständig und zum Teil perfid die Domäne von Gleichheit der Rechte und der gesellschaftlichen Partizipation zu verletzen versucht. Im Markt verdientes Einkommen und dank dem Markt akkumuliertes Vermögen dienen eben auch dazu, durch teure und intelligente Anwälte sich Vorteile gegenüber Recht und Gerechtigkeit zu verschaffen, näher an die politische Macht heranzukommen (durch Parteifinanzierung, Lobbying usw.) oder andere Interessengruppen mit Kampagnen aller Art zu überspielen. Man denke nur an die letzte Serie von eidgenössischen Abstimmungen, wo Geld eine grössere Rolle gespielt hat, als uns lieb sein kann. Wir sind nicht mehr weit vom Punkt entfernt, wo Geld, Macht und Einfluss wirtschaftlich starker Minoritäten aus unserer Demokratie langsam eine Farce machen. Die Stimmabstinenz und unterschwellige Wirtschaftsfeindlichkeit nicht in diesem Lichte zu sehen, wäre Blindheit. Der liberale US-Ökonom Okun schreibt dazu: «Der Übergriff des Geldes auf das Recht ist wohl als Ursache von Zynismus, Radikalismus und Entfremdung ebenso wichtig, wie die gewaltigen materiellen Unterschiede im Lebensstandard zwischen arm und reich.»

Und doch sind bedauerlich wenig Anstrengungen unternommen worden, um hier die Lücke zwischen Prinzip und Praxis zu verkleinern. In diesem Sinne ist eine vermehrte Politisierung der Wirtschaftspolitik nicht bloss unvermeidlich, sondern geradezu erforderlich und erwünscht. Denn es hilft wenig, mit grossen Worten abstrakte Prinzipien über die Trennungslinien von Staat und Wirtschaft lautstark zu verkünden, wenn immer mehr Menschen bewusst wird, dass diese Grenzen in Wirklichkeit laufend von beiden Seiten verletzt werden.

Genausowenig wie Seveso erst die Hoffmann-La Roche zu einer gesellschaftlichen Institution werden liess, sondern leider erst das Ereignis der Konzernleitung definitiv diese Tatsache vor Augen führte, genauso gibt es eben keine unpolitische Marktwirtschaft mehr. Ähnlich wie bei der Hoffe-

Roche haben es nur noch nicht alle gemerkt. Diese Einsicht ist jedoch nicht der Anfang vom Ende, sondern die logische – und von allen grossen Ökonomen vorausgesehene – Folge der gewaltigen materiellen Zunahme des Wohlstandes einerseits und der sozio-politischen Evolution dieses Prozesses andererseits.

Jeder Liberale hat das Recht, auf die wirtschaftlichen Grenzen des Ausbaus des Sozialstaates hinzuweisen, aber er hat auch die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die spektakuläre Entfaltung privatwirtschaftlicher Effizienz nur auf dem Boden einer demokratischen, rechtsstaatlichen, sozial befriedeten Staatsordnung möglich ist. Das ist der Grund dafür, warum kein Militärdiktator, kein parteibürokratisches Kommunistenregime und keine patriarchalische Herrschaft von Gottesgnaden sich den Luxus eines freien Marktes mit offenem Wettbewerb und fairer Rivalität leisten kann – weil wirtschaftliche Freiheit eben auch stets persönliche und politische mit impliziert. Und deshalb ist der patriarchalische Konservatismus der Schweiz so gefährlich.

Die Strategie zur Stärkung der Marktwirtschaft in dieser Situation erscheint mir relativ einfach. Ich fasse sie in den folgenden Leitsätzen zusammen:

1. Es existiert eine Vielzahl von Regelungen und Massnahmen in unserer Wirtschaftspolitik, die sowohl ineffizient wie ungerecht sind (zum Beispiel landwirtschaftliche Preispolitik oder heutige Regelung der Kurzarbeit, aber auch undifferenzierte Globalmassnahmen der Stabilisierungspolitik).

Diesen Bereich sollten wir mit Priorität sanieren, weil eben hier der fundamentale Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Effizienz gar nicht besteht. Der Widerstand gegen solche Vorhaben kann nur in der Verteidigung von partikulären Privilegien einiger Beteiligter wurzeln und ist als solcher frontal anzugreifen – und zwar auch, wenn diese Kreise sich als liberale Bannerträger ausgeben.

2. Alle wirtschaftspolitischen Massnahmen, welche die Rahmenbedingungen oder die Ergebnisse von Marktprozessen so beeinflussen, dass Ungleichheit toleriert oder gar gefördert wird, müssen und dürfen nur durch ihre Effizienzförderung gerechtfertigt sein. Dieses eigentlich selbstverständliche Postulat ist in der Praxis alles andere als erfüllt, man denke zum Beispiel nur an staatlich geschützte Kartelle, an den Schutz vor Importen oder so kleine Dinge wie Ladenschlussgesetze, Bedürfnisnachweis von Wirtschaften, Konzessionierung von Taxis, Diskriminierung von ausländischen Ärzten, Kontingentierung von Käse- und Weinimporten ... Diese Liste liesse sich beliebig verlängern. Wer strapaziert hier die Marktwirtschaft? Sind es nicht

diejenigen, die sich im Namen von marktwirtschaftlicher Effizienz Sondervorteile zuschanzen, die eben nicht effizient sind? Wer wundert sich, wenn mit der Zeit dieser Name Schaden leidet oder eben die Mehrheit langsam zur Meinung kommt, in dieser Einnistung von Sonderinteressen liege das Wesen der Marktwirtschaft? Nach der Meinung von Okun ist der Markt öfter als nicht zur Erhaltung von Machtpositionen und Privilegien weniger verdrängt worden als zur Gewährung von gleichen Rechten für die vielen.

3. Eine symmetrische Forderung ist nun aber auch an die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Ausgleich zu stellen. Auch in diesem Punkt haben wir eben gesündigt, indem wir unbesehen mit den noblen und berechtigten Zielen auch gleich ineffiziente Mittel und Wege gewählt haben. Die ökonomische Effizienz des Marktes im Interesse höherer Werte einzuschränken, ist das eine. Aber dies mit unzulänglichen Mitteln zu versuchen, ist etwas ganz anderes. Zu oft und zu stark haben meines Erachtens leider die bürgerlich-konservativen Kreise in unserem Land das erstere bekämpft, aber das letztere mitverschuldet, weil sie dann im entscheidenden Moment doch nicht asozial oder reaktionär sein wollten und keine positiven Alternativen vorbereitet hatten.

Mit der Arbeitslosenversicherung reiht sich eine neue Episode in diese unrühmliche Geschichte ein, und auch beim Konjunkturartikel erhebt sich meines Erachtens der liberale Widerstand am falschen Ort.

4. Dort, wo es echte Konflikte zwischen Effizienz und Gerechtigkeit oder zwischen wirtschaftlichem Anreiz und sozialem Ausgleich gibt, sollten wir zumindest verlangen, dass vor dem Entscheid einigermassen klar ist, wieviel vom einen für das andere geopfert wird. So wie die neue Arbeitslosenverversicherung zum Beispiel heute geplant wird, ist es fraglich, ob hier ein Umverteilungseffekt von Starken zu Schwachen überhaupt stattfindet, während die Effizienzverluste doch ziemlich offensichtlich sind. Ein umgekehrter Fall wäre unter Umständen eine sinnvolle Mitbestimmung, die Ungleichheit abbaut und erst noch Effizienz zu fördern vermöchte, beziehungsweise zumindest ohne Effizienzverlust integrierbar wäre.

Auch bei AHV und 2. Säule gibt es vielleicht mehr Umverteilung zwischen Generationen als zwischen Leistungsstarken und -schwachen, wobei wir dort über die Effizienzeinbussen fast nichts wissen. Sicher ist aber, dass Verstaatlichungen von Grossindustrien wenig zur Promotion von Freiheit und Gleichheit beitragen, aber sehr viel mit Effizienz zu tun haben – im negativen Sinne.

5. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die Grenzen zwischen Markt und Staat bewusster und klarer gesetzt, dass Grenzverletzungen von beiden

Seiten vermieden und dass wirtschaftspolitische Kompromisse auf echte Konflikte konzentriert werden. Die entscheidende Frage für die Zukunft ist mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht, ob wir ein wenig mehr oder weniger Markt und damit ein wenig mehr oder weniger Staatsinterventionen haben werden, noch ob diese von einer ideologischen Warte aus etwas mehr oder weniger konform sind, sondern ob wir den Markt am richtigen Ort haben, ob wir ihn richtig funktionieren lassen, und was an seine Stelle gesetzt wird, wo er ersetzt oder modifiziert werden muss. «The social consequences of keeping the market in its place can be good or bad, depending on what is put in the other places» (Okun). Schon rund fünfzig Jahre früher meldete sich der grosse amerikanische Liberale Frank Knight in ähnlicher Weise zu Wort: «Die klassischen (liberalen) Ökonomen verwechselten nicht bloss Propaganda für Freiheit mit der Analyse eines freiheitlichen Systems, sondern verstanden die Freiheit auch in einer sehr irrtümlichen Weise als ein Mittel, mit dem maximalen Glück als letztem Zweck. Die Klassiker neigten überdies dazu, zu vergessen, dass wirtschaftliche Freiheit auch die Freiheit ist, wirtschaftliche Macht zu gebrauchen, so dass der Inhalt dieser Freiheit sich über ein Spektrum erstreckt, das vom Leben in Sklaverei bis zur Versklavung anderer reicht – je nachdem, wie die wirtschaftliche Macht verteilt ist. Die Freiheit, Macht einzusetzen, um mehr Macht zu erringen, bringt mit sich eine kumulative Tendenz zur Ungleichheit.»

Literaturverzeichnis

Allgemeine Literatur. Okun Arthur, Equality and Efficiency: The Big Tradeoff, Washington 1975. – Tuchtfeldt Egon, Über die Staatsfunktionen bei Adam Smith, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 27, Fischer-Verlag. – Jöhr Walter Adolf, Galbraith und die Marktwirtschaft, Mohr-Verlag, Tübingen 1975. – Hayek Friedrich A., Studies in Philosophy, Politics and Economics, New York 1967. – Hayek Friedrich A., Individualism and Economic Order, First Gateway Edition 1972. – Brittan Samuel, Die Ökonomie der Freiheit. Plädoyer für eine liberale Wirtschaft, Campus-Verlag, Frankfurt 1976. – Friedman Milton, Capitalism and Freedom, 13. Aufl., The University of Chicago Press 1974. – Knight Frank H., Risk, Uncertainty, and Profit, 6. Aufl., Boston und New York 1946.

Aktuelle schweizerische Stellungnahmen. Sieber Hugo, Unternehmer und Stabilitätspolitik, in: Stabilitäts- und Ordnungspolitik, Schriftenreihe des Vororts, Nr. 6, herausgegeben vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich. – Linder Willy, Marktwirtschaft – statisches Modell oder permanente Herausforderung, in: Stabilitäts- und Ordnungspolitik, Schriftenreihe des Vororts, Nr. 6, herausgegeben vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich. – Letsch Hans, Chance und Grenzen des «sozialen Rechtsstaates», Heft 20 der Veröffentlichungen der Aargauischen Industrie- und Handelskammer 1976. – Wuffli Heinz R., Unternehmer und Politik, Heft 39 der Schriftenreihe der Schweizerischen Kreditanstalt.